



Arbeitskreis
Religionsfreiheit – Menschenrechte –
Verfolgte Christen
Deutsche Evangelische Allianz



AKREF-Nachrichten vom 28.03.2025 bis 04.04.2025

Arbeitskreis für Religionsfreiheit - Menschenrechte - verfolgte Christen
der Evangelischen Allianz in Deutschland

Paul Murdoch (redaktion@akref.de)

Inhaltsverzeichnis

China: Hauskirchen-Prediger bei Bibelstunde festgenommen	3
Deutschland: Brandstiftung bei ehemaligem Dominikanerkloster	4
Deutschland: Gewaltkriminalität erreicht Höchststand seit 2010	5
Deutschland: Zahl der Abtreibungen bleibt auf hohem Niveau	6
DR Kongo: Das Schicksal der kongolesischen Flüchtlinge in Burundi	7
Gaza: Leichnam vor Familienhaus gefunden	8
Haiti: Zwei Ordensfrauen von bewaffneten Banden getötet	9
Indien: Unbeantwortete Fragen um den Tod von Pastor Praveen Pagadala	10
Indien: Wie geht es den Christen im Land?	12
Jemen: Hilfswerke warnen vor humanitärer Katastrophe	13
Kuba: Willkürliche Verhaftungen während Stromausfall	14
Myanmar: Dominikanerpater erzählt	15
Myanmar: Erdbeben beendet die internationale Isolation der regierenden Militärjunta	16
Myanmar: Mangel an Medikamenten und Unterkünften	17
Myanmar: Schweres Erdbeben im Norden des Landes	18
Nicaragua: US-Kommission kritisiert Verletzung der Religionsfreiheit	19
Niederlande: Zahl der Euthanasie-Toten erreicht neues Rekordniveau	20
Österreich: 5-Tage-Gebet für die Welt der Sikhs	21
Sri Lanka: Fruchtbare Gastfreundschaft	22
Südsudan: Südsudanesische Soldaten greifen eine katholische Kirche an	23
Syrien: Islamisten ernennen Christin zur Ministerin	24
USA: USCIRF legt ihren Jahresbericht 2025 vor	25

China: Hauskirchen-Prediger bei Bibelstunde festgenommen

Man Yan befindet sich seit August 2024 in Haft



Foto: IGFM

Frankfurt am Main/Wetzlar (IDEA) – Als „Gefangenen des Monats April 2025“ haben die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) und die Evangelische Nachrichtenagentur IDEA den chinesischen Christen Ma Yan benannt. Der 32-Jährige aus der nordchinesischen Stadt Yinchuan (Autonomes Gebiet Ningxia) fand als Student zum christlichen Glauben, ist Prediger einer Hauskirche und befindet sich seit dem 9. August 2024 in Haft. An dem Tag kam es zu einer Razzia verschiedener Polizeieinheiten während einer Bibelstunde, die Yan leitete. Dabei wurde er zusammen mit drei weiteren Christen festgenommen. Die Behörden werfen ihnen Störung der öffentlichen Ordnung vor, weil es Yan ablehnte, sich mit seiner Hauskirche der staatlich kontrollierten Drei-Selbst-Bewegung anzuschließen. Ferner beschuldigten ihn staatliche Stellen, eine verbotene Versammlung veranstaltet zu haben. Auf dieser Grundlage erging ein förmlicher Haftbefehl gegen den Prediger. Das kommunistische China kriminalisiert systematisch diejenigen Christen, die sich weigern, sich staatlich kontrollierten Organisationen anzuschließen. IGFM und IDEA bitten darum, in Briefen an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping die umgehende Freilassung des Christen zu fordern. Verbunden damit ist die Bitte, für ihn und die verfolgten Glaubensgeschwister in China zu beten. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

IGFM und IDEA bitten darum, in Briefen an den chinesischen Staatspräsidenten Xi Jinping die umgehende Freilassung des Christen zu fordern. Verbunden damit ist die Bitte, für ihn und die verfolgten Glaubensgeschwister in China zu beten. In der rund 1,4 Milliarden Einwohner zählenden Volksrepublik leben nach Schätzungen bis zu 130 Millionen Christen.

[Musterbrief Deutsch](#)

[Musterbrief Englisch](#)

Deutschland: Brandstiftung bei ehemaligem Dominikanerkloster

Frankfurt am Main: Feuerwehr: Sachschaden im unteren sechsstelligen Bereich

Frankfurt am Main (IDEA) – In der Nacht auf den 26. März haben bisher unbekannte Täter das ehemalige Dominikanerkloster in Frankfurt am Main durch Brandstiftung beschädigt. Wie das Polizeipräsidium Frankfurt mitteilte, schoben sie zwei Mülltonnen in der Dominikanergasse in den Durchbruch zum Klostergelände. Hier entzündeten die Unbekannten die Tonnen, wobei das Feuer auf einen dort befindlichen Verteilerkasten übergriff und die Gebäudefassade beschädigte. Die Feuerwehr löschte den Brand und schätzt den Sachschaden im unteren sechsstelligen Bereich. Die Brandermittler der Polizei haben die Ermittlungen aufgenommen. Das Kloster wurde 1233 gegründet und 1803 aufgehoben. Heute ist es Sitz des Evangelischen Stadtdekanats Frankfurt am Main und Offenbach.

Deutschland: Gewaltkriminalität erreicht Höchststand seit 2010

Wie der Vorsitzende der Christlichen Polizeivereinigung die Entwicklung sieht

Berlin/Hamburg (IDEA) – Die Gewaltkriminalität in Deutschland hat im vergangenen Jahr weiter zugenommen. Das berichten „Spiegel“ und „Welt“ übereinstimmend vorab über die bundesweite Polizeiliche Kriminalstatistik, die am 2. April vorgestellt wird. Demnach registrierte die Polizei im vergangenen Jahr 217.300 Fälle im Bereich der Gewaltkriminalität. Das ist ein Zuwachs von 1,5 Prozent gegenüber dem Vorjahr und der Höchstwert seit 2010. Auffällig: Ausländische Tatverdächtige sind bei Gewaltdelikten (Anteil: 39 Prozent) im Vergleich zu ihrem Anteil an der Gesamtbevölkerung (etwa 15 Prozent) überproportional oft polizeilich verdächtig. Gestiegen ist erneut auch die Gewaltkriminalität bei Minderjährigen: Um 11,3 Prozent nahm die Zahl der Verdächtigen bei Kindern zu und um 3,8 Prozent bei Jugendlichen. Ein deutliches Plus gab es zum Beispiel bei Delikten, bei denen ein Messer eingesetzt oder es versucht wurde. Hier registrierten die Sicherheitsbehörden 15.741 Fälle; 2023 waren es noch knapp 9.000.

Clas: Zahlen sind alarmierend – Für ehrliche Debatte über die Ursachen

Der Bundesvorsitzende der Christlichen Polizeivereinigung (CPV), Erster Kriminalhauptkommissar Holger Clas (Hamburg), nannte die Entwicklung „alarmierend“. So werde das Tatmittel „Messer“ immer häufiger eingesetzt. In Bayern beispielsweise sei die Zahl der Messerangriffe um 110 Prozent gestiegen. Besonders besorgniserregend sei der dramatische Anstieg von Sexualstraftaten um 9,3 Prozent sowie die Zunahme schwerer Körperverletzungen. „Erschreckend“ sei auch, dass fast die Hälfte der Tatverdächtigen in Deutschland Ausländer seien. Die dramatischen Zahlen der Kriminalstatistik 2024 machten deutlich, welche Herausforderungen eine unkontrollierte Migration mit sich bringe. Der starke Rückgang bei Rauschgiftdelikten (-34,2 Prozent) sei hingegen vor allem auf die Legalisierung von Cannabis zurückzuführen – weniger auf eine tatsächliche Kriminalitätsminderung.

Deutschland braucht Gebet

Laut Clas zeigen die Zahlen eindrücklich, dass das Sicherheitsgefühl vieler Bürger weiter erheblich belastet werde. „Es braucht endlich eine ehrliche Debatte über Ursachen, Prävention und eine konsequente Strafverfolgung – ohne ideologische Scheuklappen.“ Doch neben politischem Handeln brauche Deutschland Gebet: „Lasst uns für Schutz und Weisheit für unsere Polizei, für Frieden in unserer Gesellschaft und für eine Rückkehr zu christlichen Werten beten!“ Dazu zitierte Clas Psalm 127, Vers 1b: „Wenn der HERR nicht die Stadt bewacht, dann wachen die Wächter vergeblich“ (Hoffnung für alle“).

Deutschland: Zahl der Abtreibungen bleibt auf hohem Niveau

2024 gab es einen Zuwachs um 0,2 Prozent auf 106.455

Wiesbaden (IDEA) – Die Zahl der Kindestötungen im Mutterleib bleibt in Deutschland auf hohem Niveau: Im Jahr 2024 wurden 106.455 Abtreibungen gemeldet. Diese Zahl gab das Statistische Bundesamt (Wiesbaden) am 3. April bekannt. Das ist ein Zuwachs um 0,2 Prozent gegenüber 2023 (106.218). Im vergangenen Jahr waren 69 Prozent der Frauen bei ihrer Abtreibung zwischen 18 und 34 Jahre alt, 20 Prozent zwischen 35 und 39 Jahre und neun Prozent 40 Jahre und älter. Der Anteil der unter 18-Jährigen lag bei drei Prozent. 43 Prozent der gemeldeten Abtreibungen wurden an Frauen durchgeführt, die noch keine Kinder hatten. 96 Prozent der Schwangerschaftsabbrüche wurden nach der Beratungsregelung vorgenommen. Eine Beratung ist in Deutschland vor einer Abtreibung gemäß Paragraph 218 Strafgesetzbuch vorgeschrieben. Frauen erhalten danach einen Beratungsschein, der Voraussetzung für eine rechtswidrige, aber in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffreie Abtreibung ist. Medizinische und kriminologische Indikationen waren in vier Prozent der Fälle der Grund. Die Abtreibungen erfolgten überwiegend ambulant – rund 85 Prozent in gynäkologischen Praxen und 13 Prozent in Krankenhäusern.

Deutlicher Anstieg im Zehnjahresvergleich

Im Vergleich zum Jahr 2014 (99.700) war die Zahl der Abtreibungen im vergangenen Jahr um 6,8 Prozent höher. Vor dem Hintergrund, dass es seit Jahren immer weniger Frauen im gebärfähigen Alter (15 bis 49 Jahre) gibt, ist die Entwicklung jedoch noch dramatischer: 2014 wurden 56 Abtreibungen auf 10.000 Frauen registriert, 2024 waren es schon 62. Das entspricht einem Anstieg von 10,7 Prozent. Im Zehnjahresvergleich ist auch eine deutliche Zunahme von Abtreibungen bei Frauen über 30 zu beobachten: 30 bis 34 Jahre (+12,8 Prozent), 35 bis 39 Jahre (+31,2 Prozent) und 40 bis 44 Jahre (+23,2 Prozent). Dagegen sank die Zahl der Abtreibungen bei jungen Frauen im Alter zwischen 15 und 17 Jahren (-13,8 Prozent) sowie zwischen 20 und 25 (-8,3 Prozent). Das Statistische Bundesamt führt diese Verschiebung auf den demografischen Wandel in den jeweiligen Altersgruppen zurück.

DR Kongo: Das Schicksal der kongolesischen Flüchtlinge in Burundi

Kinshasa (Fides) - „Die neuen kongolesischen Flüchtlinge, die sich seit dem 15. März 2025 in Burundi aufhalten, führen heute ein schwieriges Leben, da es an kontinuierlicher Unterstützung durch die Organisationen der Vereinten Nationen und die internationalen humanitären Organisationen mangelt“, heißt es in einer Mitteilung der kongolesischen Menschenrechtsorganisation ACMEJ, die Fides vorliegt.

„Glücklicherweise heißen die burundischen Behörden die Flüchtlinge weiterhin willkommen und gewährleisten ein sehr hohes Maß an Schutz und Sicherheit“, heißt es in der Mitteilung der zivilgesellschaftlichen Vereinigung mit Sitz in der kongolesischen Provinz Süd-Kivu weiter.

Mehr als 63.000 Kongolesen aus der Provinz Südkivu sind angesichts des Vormarsches der M23-Truppen, die die Hauptstadt dieser Provinz im Osten der Demokratischen Republik Kongo eingenommen haben, zur Flucht gezwungen.

„Die meisten dieser kongolesischen Flüchtlinge in Rugombo, in der burundischen Provinz Cibitoke, schätzen sich glücklich über die guten diplomatischen Beziehungen zwischen Burundi und der Demokratischen Republik Kongo“, heißt es in der Mitteilung der ACMEJ. „Die Flüchtlinge bitten das in Burundi tätige UNHCR-Personal, den gleichen guten Willen zu zeigen, indem sie die Leitprinzipien des internationalen Flüchtlingsrechts anwenden“, heißt es in der Mitteilung weiter. Nach Aussage der ACMEJ „wären die kongolesischen Flüchtlinge nicht bereit, in das neue Lager in Rutana an der Grenze zu Tansania zu gehen“, das in entgegengesetzter Richtung zur Grenze der Demokratischen Republik Kongo liegt, wodurch diese Menschen weiter weg aus ihrer Heimat vertrieben würden. Das neue Flüchtlingscamp ist in der Tat mehr als 200 km von dem Camp in Rugombo entfernt.

(L.M.) (Fides 28/3/2025)

Gaza: Leichnam vor Familienhaus gefunden

Demonstrant nach Anti-Hamas-Protesten ermordet

Von Israelnetz/ 31. März 2025 - Die Hamas hat offenbar einen 22-jährigen Palästinenser entführt, gefoltert und getötet, nachdem er an Protesten gegen die Terror-Organisation teilgenommen hatte. Die Familie von Odai Nasser al-Rabai fand dessen Leichnam vor ihrem Wohnhaus. Bei der Beerdigung am Samstag und in einer Stellungnahme machte sie die Hamas für seinen Tod verantwortlich. Teilnehmer des Trauerzugs skandierten „Hamas raus!“. In der vergangenen Woche war es im Gazastreifen an drei aufeinanderfolgenden Tagen zu Protesten gegen die Hamas gekommen. (df)

Haiti: Zwei Ordensfrauen von bewaffneten Banden getötet

Port-au-Prince (Fides) - Zwei Schwestern der „Petites Sœurs de Sainte Thérèse de l'Enfant Jésus“, sind in Mirebalais, im Zentrum Haitis, von Mitgliedern bewaffneter Banden ermordet worden, die seit vergangenem Montag in das Gebiet eingedrungen sind. Dies bestätigte der Erzbischof von Port-au-Prince, Max Leroy Mésidor, gegenüber den lokalen Medien und fügte hinzu: „Das ist ein immenser Verlust für die Gemeinschaft“.

Schwester Evanette Onezaire und Schwester Jeanne Voltaire wurden am Montag getötet, als die Stadt Mirebalais von der Koalition krimineller Banden „Viv Ansanm“ angegriffen wurde. Dabei kam es auch zu Angriffen auf Geschäfte, Polizeistationen und ein Gefängnis, aus dem Berichten zufolge mehr als 500 Häftlinge entkommen konnten.

Lokalen Medienberichten zufolge arbeiteten die beiden Ordensfrauen an der Schule in Mirebalais und hatten sich während der Angriffe zusammen mit einem Mädchen in ein Haus geflüchtet. Mitglieder der bewaffneten Banden drangen jedoch in das Gebäude ein, eröffneten das Feuer und töteten die beiden Schwestern und das Mädchen.

Bis heute ist die Lage in Mirebalais chaotisch. Der Delegierte der Regierung in der Region, Frédérique Occéan, sagte, dass die Straßen der Stadt mit Leichen übersät sind, die einen üblen Geruch verbreiten. Berichten zufolge sind die städtischen Behörden abwesend und viele Einwohner sind geflohen.

Haitianische Medien berichteten außerdem, dass bewaffnete Banden in den letzten Stunden auch das Universitätskrankenhaus von Mirebalais angegriffen hätten. Gestern gingen Tausende in der Hauptstadt auf die Straße, um gegen die Verschlechterung der Lage und die Zunahme der Angriffe durch Banden zu demonstrieren.

An den Protesten nahmen auch Vertriebene teil, die in Camps in der Nähe von Port-au-Prince leben, nachdem sie ihre Häuser verlassen mussten, sowie die Bewohner der Stadtteile Canapé-Vert (wo sich die Bevölkerung gegen die Bedrohung durch bewaffnete Gruppen wehrt, die versuchen, in das Gebiet einzudringen), Turgeau, Carrefour-Feuilles, Pacot, Debussy, Delmas und benachbarte Gebiete. Die haitianische Polizei setzte Tränengas ein, um die Menge zu zerstreuen, die sich vor der „Ville d'Accueil“, dem Sitz des Übergangsrates des Präsidenten (CPT) und der Regierung, versammelt hatte.

Allein im vergangenen Jahr hat die Gewalt in Haiti nach Angaben der Vereinten Nationen mindestens 5600 Tote (tausend mehr als im Vorjahr), über 2000 Verletzte und etwa 1500 Entführte gefordert. Der UN-Hochkommissar für Menschenrechte, Volker Türk, hatte nur Stunden vor dem Ausbruch der Gewalt in Mirebalais berichtet, dass in Haiti zwischen Juli und Februar mindestens 4.239 Menschen mit Waffen ermordet und 1.356 verwundet wurden, die trotz des vom UN-Sicherheitsrat verhängten Embargos illegal aus dem Ausland eingeführt worden waren.

(F.B.) (Fides 3/4/2025)

Indien: Unbeantwortete Fragen um den Tod von Pastor Praveen Pagadala

International Christian Concern - Der plötzliche und verdächtige Tod des 45-jährigen Pastors Praveen Pagadala, eines bekannten südindischen christlichen Predigers, hat die christliche Gemeinschaft in Telangana und Andhra Pradesh erschüttert. Der Vorfall ereignete sich am 25. März 2025, als Pastor Pagadala mit seinem Motorrad auf dem Weg zu einem Kongress war.

Während die Polizei den Vorfall als Verkehrsunfall einstuft, haben die Anhänger des verstorbenen Pastors ernsthafte Bedenken geäußert und behaupten, dass sein Tod ein vorsätzlicher, kaltblütiger Mord war. Sie behaupten, der Pastor sei von religiösen Extremisten gemartert worden, weil er das Christentum so offen verteidigt habe.

Pastor Pagadala wurde zuletzt in der Nacht des 24. März gesehen, als er mit seinem Motorrad in eine Stadt in der Nähe von Rajahmundry im benachbarten Andhra Pradesh fuhr, um an einem christlichen Kongress teilzunehmen. Er kam jedoch nie an seinem Ziel an. Am nächsten Morgen wurde seine Leiche unter verdächtigen Umständen in einem Straßengraben entdeckt.

Sein Motorrad lag auf seinem toten Körper, und sein Gesicht war mit blauen Flecken und Blut übersät. Der Rest seines Körpers wies keine weiteren Verletzungsspuren auf. Auch das Motorrad, ein leistungsstarkes 350-ccm-Zweirad, wies keine sichtbaren Schäden auf, die auf einen Verkehrsunfall hindeuten.

Auf der rechten Brustseite seines Hemdes wurde ein markanter Schuhabdruck entdeckt, der darauf hindeutet, dass er möglicherweise mit Gewalt getreten wurde. Außerdem wurden in der Nähe der Leiche Holzsplitter und Blutflecken gefunden, was den Verdacht auf die Umstände seines Todes noch verstärkt.

Wegen seines entschiedenen Eintretens für das Christentum wurden viele Menschen zu seinen Feinden, und er erhielt zahlreiche Drohungen. Eine dieser Drohungen erhielt er erst im vergangenen Monat.

Christliche Führer und die Anhänger des verstorbenen Pagadala sind der festen Überzeugung, dass er an einem Ort rücksichtslos ermordet und seine Leiche später an einem weit entfernten Ort am Straßenrand entsorgt wurde, um sie wie einen Unfall aussehen zu lassen.

Die Anhänger des Pastors versammelten sich in großer Zahl an der Unfallstelle und später am Krankenhaus, in dem seine Leiche aufbewahrt wurde, und forderten eine Untersuchung des Unfalls.

Der Nationale Christenrat (NCC) forderte die Behörden auf, eine transparente und faire Untersuchung des Todes von Pastor Pagadala durchzuführen und entschieden gegen Hassreden und gegen diejenigen vorzugehen, die ständig eine Atmosphäre religiöser Intoleranz schaffen, die zu zunehmenden Angriffen auf christliche Minderheiten führt.

Dr. Sam Paul Kolakaluri, der Gründungspräsident des NCC, wies auf die weit verbreiteten Verdächtigungen im Zusammenhang mit Pagadalas plötzlichem Tod hin. Kolakaluri zeigte sich besorgt über die zunehmenden Hassreden gegen christliche Prediger und verwies auf aufrührerische Äußerungen von Einzelpersonen, die antichristliche Elemente ermutigt hätten.

Kolakaluri wandte sich auch in einem Schreiben an die Nationale Menschenrechtskommission Indiens und forderte eine gerichtliche Untersuchung des verdächtigen Todes von Pastor Pagadala. Der Ministerpräsident von Andhra Pradesh, Chandrababu Naidu, hat ein hochrangiges Untersuchungsteam eingesetzt, um den Tod des Pastors zu untersuchen.

An der Beerdigung von Pagadala in Hyderabad nahmen fast 100 000 Menschen teil, was landesweit für Aufsehen sorgte und in den sozialen Medien und Internet-Suchmaschinen unwillkürlich Nachfragen auslöste.

Pagadala war eine bemerkenswerte Persönlichkeit des öffentlichen Lebens mit viel Charisma. Er war von Beruf Software-Ingenieur, arbeitete aber auch als angesehener Pastor in Hyderabad. Er war ein großer christlicher Gelehrter und der Gründer von „Sakshi Apologetics“. Er führte öffentliche Fernsehdebatten mit Führern aller großen Religionen und stellte das Christentum durch seine gründliche Forschung und sein Studium stets als die Wahrheit dar.

Er war auch ein herzenguter Mensch, der sich in großem Umfang für Waisenkinder und Unterdrückte einsetzte. Er predigte auch auf christlichen Fernsehkanälen und sprach vor vielen Kirchen in der Region.

Quelle: International Christian Concern; www.persecution.org

Aus dem Englischen übersetzt und überarbeitet von AKREF

Indien: Wie geht es den Christen im Land?

Die Feier zum 70-jährigen Bestehen des Delhi Bible Institute (DBI) war ein bedeutendes Ereignis, das 600 Kirchenleiter, Pastoren und Dienstpartner zu drei Tagen Gottesdienst, Gemeinschaft und Visionsfindung zusammenbrachte. Das Konferenzthema „Die Wunder der Erlösung“ umfasste Bibellesungen, Ausführungen aus dem Lukasevangelium, Ermutigung in Zeiten zunehmender Verfolgung, Fallstricke im pastoralen Dienst und andere Themen, alles in einem Kontext von erhebenden Zeiten der Anbetung und des Lobpreises. Die Teilnahme umfasste 13 Sprachen, die die 13 Standorte repräsentieren, an denen das DBI tätig ist. Die Vision für die nächsten 20 Jahre beinhaltet eine Verpflichtung zu fünf Millionen Gebetsstunden, eine Ausweitung der Unterstützung und Erneuerung für Bedürftige, die Förderung technologischer und digitaler Innovationen, die Stärkung der indischen Kirche im ganzen Land, die Ausweitung von Programmen zur Entwicklung von Fähigkeiten und die Ausrüstung von Gläubigen für geistliche Reife und Einsätze.

Quelle: DBI / Bridgeway Publications vom 15 March 2025 übersetzt und bearbeitet AKREF

Jemen: Hilfswerke warnen vor humanitärer Katastrophe

Seit zehn Jahren tobt dort ein Krieg

Bonn/Berlin/Konstanz (IDEA) – Vor zehn Jahren begann im Jemen ein Bürgerkrieg mit internationaler Beteiligung. Hilfswerke beklagen aus diesem Anlass die katastrophalen Zustände im ärmsten Land auf der arabischen Halbinsel. So berichtete der Nationale Direktor der UNO-Flüchtlingshilfe, Peter Ruhenstroth-Bauer (Bonn), dass der Jemen aufgrund der zahlreichen Kriege weltweit aus den Schlagzeilen geraten sei. Die Folgen seien fehlende Hilfsgelder und eine weitere Verschärfung der humanitären Notlage. Der Konflikt im Jemen schwelt bereits seit den 1990er Jahren. 2014 spitzte er sich zu, als die von Iran unterstützten Huthi-Rebellen die Hauptstadt Sanaa einnahmen und die Regierung zum Abzug zwangen. Am 26. März 2015 startete eine von Saudi-Arabien geführte Allianz arabischer Staaten mit den jemenitischen Regierungstruppen Luftangriffe gegen die Huthi-Rebellen, die vom Iran unterstützt werden. Laut UNO-Flüchtlingshilfe hat die Katastrophe im Jemen erschütternde Ausmaße erreicht: 21,6 Millionen Menschen – das sind zwei Drittel der Gesamtbevölkerung – benötigen humanitäre Hilfe. 4,8 Millionen Menschen lebten als Binnenvertriebene. Über 17 Millionen hätten nicht genug zu essen.

Tearfund: Viele Menschen haben die Hoffnung verloren

Auch der Vorstand der Hilfsorganisation Tearfund Deutschland, Uwe Heimowski (Berlin), bestätigte der Evangelischen Nachrichtenagentur IDEA die katastrophale Lage im Land: „Viele Menschen haben die Hoffnung verloren, dass sich die Situation jemals bessert.“ Das wolle man mit den aktuellen Projekten ändern. Durch lokale Partner wolle man die Bevölkerung darin bestärken, gemeinsam an einer besseren Zukunft zu arbeiten. „Wir arbeiten eng mit lokalen Behörden zusammen, die manchmal willkürliche Regeln aufstellen und so unsere Arbeit erschweren.“, beklagte Heimowski.

Hilfswerk Hoffnungszeichen: Die Lage ist gewissermaßen eingefroren

Ähnlich formulierte es der Vorstand des Hilfswerks Hoffnungszeichen, Klaus Stieglitz (Konstanz): Eine Verbesserung der Situation sei nicht absehbar. Stieglitz beschrieb die Lage gegenüber IDEA als „gewissermaßen eingefroren“: „Im westlichen Jemen, in dem Hoffnungszeichen tätig ist, scheint sich die humanitäre Not verfestigt zu haben.“ Mit finanzieller Unterstützung und humanitärer Diplomatie könne Deutschland Hoffnung wecken und einen Beitrag leisten, den Menschen im Jemen eine Perspektive für Frieden und Stabilität zu geben. Über 99 Prozent der rund 40 Millionen Einwohner des Jemen sind Muslime. Die Zahl der Christen und Angehörigen anderer Minderheiten beläuft sich auf wenige Tausend. Das Land belegt im Weltverfolgungsindex des überkonfessionellen Hilfswerks Open Doors Platz drei. Christen sollen Experten zufolge aufgrund ihres Glaubens doppelt so stark von der humanitären Not vor Ort betroffen sein.

Kuba: Willkürliche Verhaftungen während Stromausfall

Menschenrechtsaktivisten Berta Soler und Félix Navarro erneut Opfer der Diktatur

(IGFM) Frankfurt am Main, 26. März 2025 – Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM) verurteilt die erneuten willkürlichen Verhaftungen der prominenten kubanischen Menschenrechtsaktivisten Berta Soler und Félix Navarro am 16. März 2025. Sie sind regelmäßig der Willkür der kubanischen Sicherheitsbehörden ausgesetzt.

Der Menschenrechtler Félix Navarro wurde von kubanischen Sicherheitskräften festgenommen, als er auf dem Weg zum Gottesdienst war. Nach mehreren Stunden unter Androhung weiterer Repressalien wurde er wieder freigelassen.

Für [Félix Navarro](#) ist dies bereits die dritte willkürliche Festnahme seit seiner Haftentlassung im Januar. Ihm wurde erneut gedroht, seine Freilassung könne jederzeit widerrufen werden. Félix Navarro Rodríguez ist ein prominenter kubanischer Oppositioneller und Gewissensgefangener. Der 62-jährige ehemalige Lehrer und Mitglied der Internationalen Gesellschaft für Menschenrechte kämpft seit Jahren gegen die Willkür des kommunistischen Regimes in Kuba.

Bereits 2003 wurde er während des sogenannten „Schwarzen Frühlings“ verhaftet und zu 25 Jahren Haft verurteilt, weil er sich für Demokratie und Menschenrechte einsetzte. Nachdem er 2011 vorübergehend freigelassen wurde, setzte er seine pro-demokratischen Aktivitäten fort, trotz der Drohung einer erneuten Haftstrafe.

[Berta Soler](#), Vorsitzende der regimekritischen Bewegung „Damen in Weiß“, ist ebenfalls regelmäßig Ziel staatlicher Schikanen. Soler ist die Sprecherin der „Damen in Weiß“, einer Organisation, die sich für die Freilassung politischer Gefangener und die Achtung der Menschenrechte in Kuba einsetzt. Soler selbst ist die Ehefrau des ehemaligen politischen Gefangenen Ángel Moya.

Schon am 15. November 2024 wurde sie zusammen mit ihrem Ehemann verhaftet, als sie das Hauptquartier der „Damen in Weiß“ in Havanna verlassen wollten. Die IGFM fordert die kubanische Regierung eindringlich auf, alle willkürlichen Festnahmen sowie Drohungen gegen Menschenrechtsverteidiger unverzüglich einzustellen und die Grundrechte der Oppositionellen zu respektieren. Alle politischen Gefangenen auf Kuba verdienen eine vollständige und bedingungslose Freiheit.

Myanmar: Dominikanerpater erzählt

“Es zählt das Mitgefühl. Feinde gibt es nicht mehr”

Mandalay (Fides) - „Wir teilen das Leid und den Schmerz so vieler betroffener Personen und Familien in dieser schwierigen und verheerenden Zeit. Möge der Herr diejenigen leiten, die sich für die verwundeten Menschen einsetzen. Dies ist eine Zeit des Mitgefühls für die Menschen in Myanmar. Wir bitten alle, zu beten und Myanmar zu helfen“, sagt Pater Paul Win Aung Myint (OP), ein burmesischer Dominikaner aus Myitkyina, der jahrelang in der Diözese Mandalay studiert und gelebt hat, gegenüber Fides.

„Das Erdbeben hat Myanmar verwüstet, besonders die Gebiete von Mandalay und Sagaing, und ein Land getroffen, das von Krieg, Gewalt und Überschwemmungen geplagt ist. Es ist ein schrecklicher Schicksalsschlag. Wir glauben, dass die Zahl der Opfer weiter steigen wird. Und in vielen Gebieten, in denen es keine zivile Regierung gibt, ist die Lage noch kritischer“, so der Ordensmann.

Der Geistliche berichtet von den Verwüstungen in den Städten Mandalay und Sagaing, „den beiden am stärksten beschädigten Städten mit der höchsten Zahl von Opfern“. „Hilfsprogramme wurden auf den Weg gebracht, die Menschen tun ihr Bestes“, berichtet er. „Sagaing“, so fährt er fort, „ist zu 80 Prozent zerstört. Die Menschen brauchen Wasser, Lebensmittel und Medikamente. Örtliche Freiwillige sind damit beschäftigt, Menschen zu evakuieren oder zu den noch unter den Trümmern liegenden Menschen zu gelangen, um Leben zu retten. Allein in Sagaing gibt es bereits über 200 Tote und Tausende von Verletzten. Viele Kirchen in dieser Stadt sind beschädigt. Teile der katholischen Kirche Maria Hilfe der Christen in Sagaing stürzten ein, aber glücklicherweise nicht während des Gottesdienstes“. Der Geistliche schätzt die internationale Hilfe: „Aus vielen Ländern der Welt treffen Helfer und Hilfsgüter ein. Wir sehen, dass die internationale Solidarität mobilisiert worden ist und auch die Caritas hat Spenden aktiviert. Wir möchten allen Ländern, Gemeinschaften, Organisationen und allen Menschen danken, die helfen: Die leidenden Menschen in Myanmar sind sehr dankbar. Wir beten und vertrauen Gott all die Freiwilligen an, die mit viel Menschlichkeit und Mut Hilfe leisten, damit sie ihre Arbeit tun können und sicher sind“.

Pater Paul schließt mit einer geistlichen Betrachtung über die Solidarität, die in diesen Stunden in Myanmar zu finden ist, wo „in der erschütternden Situation vor Ort ein Keim des Guten zu erkennen ist“: „Wenn ein Leben gerettet werden muss, in einer Notsituation, dann zählt nur dieses Menschenleben und nichts anderes. Einen Feind gibt es nicht mehr. Auch wenn Naturkatastrophen Schmerz und Tod bringen, sehen wir in solchen Notsituationen, dass Hass, Feindseligkeit und die Ausbeutung anderer Menschen in den Hintergrund treten. Jetzt geht es darum, Leben zu retten. Das sehen wir auch an den Freiwilligen, die sich bereit erklärt haben, zu helfen. Es gibt keine Fraktionen oder Feinde, es gibt keine Politik, keinen Krieg“.

(PA) (Fides 1/4/2025)

Myanmar: Erdbeben beendet die internationale Isolation der regierenden Militärjunta

Naypyidaw (Agenzia Fides) - Das schwere Erdbeben in Myanmar hat dazu geführt, dass die internationale politische Isolation, die nach dem Staatsstreich von 2021 um die herrschende Militärjunta des Landes entstanden war, durchbrochen wurde. Dies stärkt die Position des regierenden Generals Min Aung Hlaing neue Kraft, da diplomatische Kanäle geöffnet wurden, die vier Jahre lang geschlossen waren. Indem er öffentlich und direkt mit Ländern wie Indien, China und Russland, mit anderen asiatischen und nicht-asiatischen Nationen und mit internationalen Organisationen interagiert - um die humanitäre Hilfen zu organisieren - präsentiert sich der General als Myanmars wichtigste öffentliche Autorität. Bereits in der vergangenen Woche sprach General Min Aung Hlaing mit dem chinesischen Präsidenten Xi Jinping, dem indischen Premierminister Narendra Modi und dem malaysischen Premierminister Anwar Ibrahim, und diese Gespräche führten zu einem Fluss internationaler Hilfe. Auch ein Treffen zwischen den Ländern des Verbandes Südostasiatischer Staaten (ASEAN), von dem Myanmar bisher ausgeschlossen war, soll in Kürze stattfinden und wird mit ziemlicher Sicherheit dazu führen, dass burmesische Vertreter an den Tisch zurückkehren, um regionale humanitäre Unterstützung zu organisieren.

Das Erdbeben ereignete sich nur wenige Wochen, nachdem die Junta angekündigt hatte, Ende 2025 allgemeine Wahlen abzuhalten - ein Zeitplan, der als unpraktisch und unrealistisch galt, da 50 Prozent des Landes unter der Kontrolle der Widerstandskämpfer stehen. Das tragische Ereignis des Erdbebens hat der burmesischen Führung jedoch ein neues Fenster für die Interaktion mit regionalen Mächten geöffnet.

Analysten zufolge könnte die Militärjunta die Krise auch nutzen, indem sie Städten, Dörfern und der Bevölkerung, die den Oppositionsgruppen nahe stehen, Hilfe verweigert. Die Widerstandsorganisation „Octopus“ weist in einer Mitteilung zudem darauf hin, dass „die Armee in den Tagen nach dem Erdbeben mehrere Luftangriffe auf einige Städte und Dörfer durchgeführt hat“. „Die Jugend Myanmars ist bereit, in dieser Zeit der Naturkatastrophe zu helfen. Aufgrund der von der Junta im vergangenen Jahr verhängten Zwangsrekrutierung waren viele jedoch gezwungen, in die Grenzregionen oder ins Ausland zu fliehen“, so die Organisation. „Wir sind dankbar für die humanitäre Hilfe, die die Erdbebenopfer erreicht. Da die Hilfe jedoch von der Militärjunta verwaltet wird, sind wir zutiefst besorgt, dass die Hilfe nicht wirklich all die Menschen erreicht, die sie wirklich brauchen“, heißt es in der Mitteilung.

Angesichts der anhaltenden Nachbeben in Myanmar hat das UN-Flüchtlingshochkommissariat (UNHCR) Soforthilfe für rund 25 000 Überlebende in den Gebieten Mandalay und Naypyidaw bereitgestellt und den kritischen Bedarf in den Regionen Mandalay, Magway und Sagaing ermittelt. In den erdbebengeschädigten Gebieten leben insgesamt 45 % der 3,8 Millionen Binnenvertriebenen, die ihre Heimat infolge des Bürgerkriegs in Myanmar bereits verlassen mussten. Das UNHCR fordert weiterhin „ungehinderten Zugang für humanitäre Hilfsorganisationen, um den Gemeinden zu helfen, die dringend auf Unterstützung angewiesen sind“. Dabei wird die Notwendigkeit eines sofortigen Waffenstillstands im Bürgerkrieg, eine Forderung, die auch von der burmesischen katholischen Kirche erhoben wurde, hervorgehoben, um die Hilfsmaßnahmen durchführen zu können.

(PA) (Fides 2/4/2025)

Myanmar: Mangel an Medikamenten und Unterkünften

Die katholische Gemeinschaft bringt humanitäre Hilfe auf den Weg und ruft zum Waffenstillstand auf

Mandalay (Fides) - „Es fehlt an Medikamenten und Notunterkünften, da viele verletzt sind und Tausende obdachlos auf den Straßen leben“, heißt es in einer Mitteilung von „Karuna Myanmar“ (Caritas Burma), die Fides vorliegt.

„Lokale Gruppen, Freiwillige und zivilgesellschaftliche Organisationen vor Ort arbeiten daran, das volle Ausmaß der Schäden zu erfassen und eine erste Nothilfe zu leisten. Die Zerstörung ist weit verbreitet und die Zivilbevölkerung ist stark betroffen. Das Erdbeben hat Stromausfälle verursacht und die Kommunikationsverbindungen unterbrochen. Das Nationale Katastrophenmanagementkomitee Myanmars hat in vielen Regionen den Notstand ausgerufen. Tausende von Menschen in Mandalay sind nach wie vor auf der Straße“, heißt es in der Mitteilung der karitativen Organisation der katholischen Kirche, das sein Netz von Diözesanbüros aktiviert hat, um die Situation zu überwachen und humanitäre Hilfe zu organisieren. Zahlreiche Gebäude wie Klöster, Moscheen, Pagoden, Priesterseminare und Kirchen, Schulen, Krankenhäuser, Banken, Hotels, Flughäfen, Wohngebäude, Brücken und Autobahnen wurden erheblich beschädigt. Am stärksten betroffen sind Städte wie Yangon, Mandalay, Naypyidaw, Sagaing, Aungpan, Bago, Kalay, Magway, Kyaukse, Muse und Yinmapin, Taunggyi und einige Gebiete im Staat Shan.

Das nationale Karuna-Büro und die Diözesanbüros haben ihre Freiwilligenteams mobilisiert, um der am stärksten betroffenen Diözese Mandalay zu helfen, die die Koordinierung mit den örtlichen Behörden, anderen religiösen Führern und lokalen Wohltätigkeitsorganisationen aktiviert hat. „Unter den derzeitigen Bedingungen ist es schwierig, ein genaues Bild mit Daten und Zahlen zu liefern, da es keine Telekommunikation gibt und der Zugang zu verschiedenen Gebieten eingeschränkt ist. Die Freiwilligenteams von Karuna können aufgrund von Unterbrechungen oder mangelnder Sicherheit noch immer nicht in die betroffenen Gebiete reisen“, so das Hilfswerk aus Mandalay. Stattdessen koordiniert sich das nationale Büro von Karuna in Zusammenarbeit mit Caritas Internationalis, UNHCR, OCHA und anderen Hilfsorganisationen, auf der Suche nach Kanälen für humanitäre Ressourcen und Hilfe.

In den Regionen Mandalay, Magway, Sagaging, Bago und Shan steigt die Zahl der Todesopfer des Erdbebens, das das Land am 28. März erschütterte, weiter an: mehr als 2.000 Tote, 3.400 Verletzte und mehr als 300 Vermisste sind bestätigt, aber für die Organisationen, die sich an der humanitären Hilfe beteiligen, wird die Zahl sicher noch weiter steigen.

Die herrschende Militärjunta in Myanmar hat für den Zeitraum von heute, 31. März, bis zum 6. April eine Woche der Staatstrauer ausgerufen. Während der Bürgerkrieg andauert, fordert die katholische Kirche in dem Land fest, „dringend notwendig einen Waffenstillstand auszurufen, um humanitäre Hilfe zu ermöglichen“, wie es in einem von der Bischofskonferenz von Myanmar veröffentlichten Aufruf heißt.

„Dieses tragische Ereignis hat die tiefe multidimensionale humanitäre Krise, die Myanmar bereits erfasst hat, weiter verschärft, wo nach Schätzungen der UNO fast 20 Millionen Menschen, darunter 6,3 Millionen Kinder, dringend auf Hilfe angewiesen sind“, schreiben die burmesischen Bischöfe.

„Die katholische Kirche bekräftigt ihre unerschütterliche Unterstützung für die Betroffenen und spricht den Familien, die Angehörige verloren haben, ihr Beileid aus. Wir beten besonders für diejenigen, die in Gotteshäusern, Pagoden und Moscheen gestorben sind. Wir sind zutiefst berührt von den bewegenden Botschaften, die wir von Papst Franziskus, von Kardinal Luis Antonio Tagle, dem Pro-Präfekten des Dikasteriums für Evangelisierung, von Kardinal Pietro Parolin, dem vatikanischen Staatssekretär, und vom Geschäftsträger der Nuntiatur, Erzbischof Andrea Ferrante, erhalten haben“, so die Bischöfe des Landes.

Mit Blick auf Mobilisierung der internationalen Gemeinschaft versichern die Bischöfe, dass „die katholische Kirche sich an der Unterstützung beteiligen wird, um den Menschen mit Nahrungsmitteln, Medikamenten und Unterkünften zu helfen“. Und es wird bekräftigt: „Diese humanitäre Krise erfordert eine dringende Einstellung der Feindseligkeiten. Wir rufen dringend zu einem sofortigen und vollständigen Waffenstillstand aller am Konflikt beteiligten Parteien auf, um die sichere und ungehinderte Lieferung lebenswichtiger humanitärer Hilfe von lokalen und internationalen Gebern zu gewährleisten.“ (PA) (Fides 31/3/2025)

Myanmar: Schweres Erdbeben im Norden des Landes

„Es gibt kaum oder gar keine Hilfe“

Mandalay (Fides) - „Die Tragödie ist, dass es kaum oder gar keine Hilfe gibt. Wir sehen so viel Solidarität unter den Menschen, aber wir registrieren die völlige Abwesenheit des Staates. Das Gebiet von Sagaing, Epizentrum des Erdbebens, ist eines der Gebiete, in denen die Zusammenstöße aufgrund des anhaltenden Bürgerkriegs am stärksten sind. In der allgemeinen Instabilität gibt es keine organisierte Hilfe für die Opfer“, sagte eine lokale Fides-Quelle aus Kreisen der katholischen Gemeinde Mandalay in der Nähe von Sagaing, wo das Erdbeben vom 28. März die größten Schäden angerichtet hat.

„In den nicht von der Armee kontrollierten Gebieten, den so genannten „befreiten Gebieten“, gibt es keine funktionierenden zivilen Institutionen, so dass alles dem guten Willen der Bevölkerung oder der Organisation der Gemeinschaften und Armeen der ethnischen Minderheiten überlassen bleibt“, so die Fides-Quelle, die aus Sicherheitsgründen um Anonymität bittet, weiter. „In den von der Junta kontrollierten Gebieten sind einige Feuerwehren in der Hauptstadt Naypyidaw und in Mandalay im Einsatz, wo mehrere mehrstöckige Gebäude eingestürzt sind. Viele andere Gebiete sind völlig sich selbst überlassen. Der Staat ist völlig desinteressiert an den Bürgern, ihrem Zustand und ihrem Wohlergehen“.

Zwei starke Erdbeben der Stärke 7,7 und 6,4 auf der Richterskala erschütterten Myanmar am 28. März um 12.50 Uhr Ortszeit, wobei das Epizentrum in der Gegend von Mandalay lag. Dutzende von Menschen wurden schwer verletzt, und in den Straßen von Mandalay kam es zu panischen Szenen, bei denen die Menschen auf freie Flächen rannten, um ihr Leben zu retten. Die Erschütterungen waren auch im benachbarten Thailand, in Laos, Vietnam und in der angrenzenden chinesischen Region Yunnan zu spüren.

Offizielle Zahlen zu Opfern und Schäden liegen noch nicht vor. Die regierende Militärjunta hat inzwischen in sechs Regionen den Notstand ausgerufen und die internationale Gemeinschaft um humanitäre Hilfe gebeten und die Schließung der Flughäfen in der Hauptstadt Naypyidaw und Yangon angeordnet.

Die „Alte Sagaing-Brücke“ aus der Kolonialzeit, die vor 91 Jahren vom britischen Empire über den Irrawaddy-Fluss gebaut wurde, ist eingestürzt. Mehrere katholische Kirchen in Mandalay wurden beschädigt: Die katholische Gemeinde des heiligen Michael war am stärksten betroffen, während beim Einsturz einer Moschee in Mandalay 20 Menschen ums Leben kamen. Die Kathedrale St. Joseph in der Stadt Taunggyi im Bundesstaat Shan wurde ebenfalls beschädigt. Viele Kirchen in Mandalay, Naypyidaw, Yangon und Taunggyi unterbrachen die liturgischen Feiern und baten die Gläubigen um Gesten der Solidarität mit diejenigen, die nun obdachlos sind.

Erdbeben kommen in Myanmar relativ häufig vor und haben in der Vergangenheit insbesondere die den Sagaing-Graben, die Verwerfungslinie an der Grenze zwischen der indischen und euroasiatischen tektonische Platte, betroffen. Im Jahr 2016 brachte ein Erdbeben der Stärke 6,8 in der alten Hauptstadt Bagan der Region Sagaing die Wände buddhistischer Tempel zum Einsturz. Experten zufolge hat die rasche Entwicklung in den Städten Myanmars in Verbindung mit alter Infrastruktur und schlechter Stadtplanung vor allem die bevölkerungsreichsten Gebiete des Landes anfällig für Folgen der Erdbeben gemacht. Nicht zuletzt aufgrund des vierjährigen Bürgerkriegs verfügt das Land über ein sehr schlechtes Gesundheitssystem, insbesondere in ländlichen Gebieten.

(PA) (Fides 28/3/2025)

Nicaragua: US-Kommission kritisiert Verletzung der Religionsfreiheit

Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF/Washington) kritisiert die anhaltende Verletzung der Religionsfreiheit in Nicaragua. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den die Kommission Ende März vorgelegt hat. Das sozialistische Regime des Präsidenten Daniel Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo versuche zunehmend, jede Kritik an seiner Politik zu unterdrücken, heißt es in dem Bericht.

Deshalb habe es zahlreiche Priester der katholischen Kirche schikaniert, verhaftet oder des Landes verwiesen. Mit Einschüchterung und Manipulation gehe die Regierung auch gegen andere christliche Kirchen im Land vor. So habe sie die Leitung der protestantischen Moravian Church (Mährische Kirche) ins Exil gezwungen.

Außerdem habe sie Mitarbeiter des US-Missionswerks „Mountain Gateway“ (Tor zum Gebirge) verhaften lassen, obwohl die Organisation traditionell gute Beziehungen zur Regierung unterhalten habe. Darüber hinaus habe das Regime gewaltsame Angriffe auf Gotteshäuser zugelassen, darunter etwa einen Brandanschlag auf das 400 Jahre alte Kreuzifix in der katholischen „Kapelle des Blutes Christi“ in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua.

Weiter heißt es in dem Bericht, die Religionsgemeinschaften des Landes zeigten bisher eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit angesichts solcher Bedrohungen. „Ihre Mitglieder treffen sich diskret – manchmal mitten in der Nacht –, um ihre Religions- und Glaubensfreiheit auszuüben.

Sie leisten einander weiterhin Hilfe und erfüllen gleichzeitig die spirituellen Bedürfnisse der Gemeinschaft, obwohl die nicaraguanische Regierung jede dieser bescheidenen Handlungen als verwerflich ansieht.“ Von den 6,9 Millionen Einwohnern Nicaraguas gehören 50 Prozent der katholischen Kirche und rund 33 Prozent protestantischen Kirchen an. Handlungsempfehlungen für das US-Außenministerium

Als weitere Länder, in denen die Regierungen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder dulden, nennt der Bericht Afghanistan, Algerien, Aserbaidschan, China, Eritrea, Indien, Indonesien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Kuba, Malaysia, Myanmar, Nigeria, Nordkorea, Pakistan, Russland, Saudi Arabien, Sri Lanka, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, die Türkei und Usbekistan.

Die Kommission veröffentlicht seit 2000 eine solche Liste und gibt dem US-Außenministerium Handlungsempfehlungen. Dazu gehört u.a., bei diplomatischen Kontakten verstärkt den Schutz der Religionsfreiheit einzufordern.

aus IDEA

Niederlande: Zahl der Euthanasie-Toten erreicht neues Rekordniveau

Auch der frühere Ministerpräsident Dries van Agt gehört dazu

Utrecht (IDEA) – Die Zahl der Euthanasie-Toten in den Niederlanden ist weiter gestiegen und hat 2024 ein neues Rekordniveau erreicht. Das geht aus dem Jahresbericht der Regionalen Euthanasie-Kontrollkommissionen hervor (RTE/Utrecht). Sie prüfen, ob ein Antrag auf aktive Sterbehilfe genehmigt oder abgelehnt wird. Dem [Bericht](#) zufolge haben sich 9.958 Menschen auf eigenen Wunsch hin von Ärzten töten lassen. Das ist ein Anstieg von fast zehn Prozent gegenüber dem Vorjahr (9.068). Die Zahl entspricht 5,8 Prozent aller Todesfälle in den Niederlanden im vergangenen Jahr (2023: 5,4 Prozent). Die größte Gruppe der Sterbewilligen war zwischen 70 und 80 Jahre alt (33 Prozent), gefolgt von den Altersgruppen 80 bis 90 Jahre (29,9 Prozent) und 60 bis 70 Jahre (17,4 Prozent).

Anteil an Demenz- und psychisch Erkrankten nimmt zu

Der überwiegende Teil war unheilbar an Krebs erkrankt (53,7 Prozent), gefolgt von Patienten mit einer Kombination mehrerer schwerer Erkrankungen (18 Prozent) und solchen mit Erkrankungen des Nervensystems wie Parkinson (6,8 Prozent). Der Anteil der Demenzpatienten lag bei 4,3 Prozent. Er ist über die letzten Jahre immer weiter angestiegen (2023: 3,7 Prozent; 2022: 3,3 Prozent; 2021: 2,8 Prozent; 2020: 2,5 Prozent). Die Zahl der psychisch erkrankten Antragsteller hat hingegen insbesondere im Jahr 2024 stark zugenommen, als 219 derartige Fälle (2,2 Prozent aller Euthanasie-Toten) und damit 58,7 Prozent mehr als im Jahr zuvor (2023: 138) registriert wurden.

Ehemaliger Ministerpräsident unter den Euthanasie-Toten

Auch die Zahl der Menschen, die sich gleichzeitig mit ihrem Ehepartner töten lassen, ist massiv angestiegen. Für das Jahr 2024 wurden bereits 54 Paare erfasst. Im Jahr 2023 waren es noch 33; die Zahl ist also um fast zwei Drittel (64 Prozent) gestiegen. Erstmals handelte es sich dabei nicht nur um Ehepaare, sondern auch um Menschen, die gemeinsam mit einem anderen Familienmitglied aus dem Leben schieden. Besondere Aufmerksamkeit erregte dabei der Tod des ehemaligen niederländischen Ministerpräsidenten Dries van Agt (Christdemokratischer Appell/CDA), der im Februar 2024 gemeinsam mit seiner Ehefrau Eugenie im Alter von 93 Jahren aus dem Leben schied.

Seit 2002 über 100.000 Euthanasie-Tote

Die Sterbehilfe wurde im Jahr 2002 für Patienten eingeführt, bei denen ein auswegloses Leiden festgestellt wurde. Seither haben auf diesem Weg rund 110.000 Menschen in den Niederlanden den Tod gefunden. In Deutschland war die geschäftsmäßige Suizidbeihilfe im Jahr 2015 [verboten](#) worden. Das Bundesverfassungsgericht hob das [Verbot](#) im Februar 2020 jedoch wieder auf. Es gebe ein umfassendes Recht auf selbstbestimmtes Sterben. Damit sei die Freiheit eingeschlossen, die Hilfe Dritter in Anspruch zu nehmen. Der Bundestag [debattierte](#) am 6. Juli 2023 über eine Neuregelung des Gesetzes zur Regelung der assistierten Selbsttötung. Die Abgeordneten konnten sich aber nicht einigen.

Österreich: 5-Tage-Gebet für die Welt der Sikhs

11. bis 15. April 2025

Jedes Jahr im April feiern ca. 30 Millionen Sikhs weltweit das Vaisakhi Fest. Sikhs sind die fünftgrößte Weltreligion und am wenigsten bekannt. Daher gab es bisher auch wenig Interesse, für sie zu beten oder sie besser kennenzulernen. In Deutschland leben ca. 25.000 - 30.000 Sikhs, in der Schweiz ca. 500 - 1.000 und in Österreich ca. 10.000 - 15.000. In ganz Europa gibt es mehr als 700.000 Sikhs.

Der Gebetsleitfaden ladet vom 11.-15. April 2025 alle ein, die Welt der Sikhs kennen zu lernen, um gezielter für sie beten zu können. Der Gebetsleitfaden kann zu jeder Zeit des Jahres zum Beten verwendet werden, aber ein besonders wichtiger Zeitpunkt zum Beten ist die Zeit des Sikh-Festes *Vaisakhi*, das am 14. April beginnt.

Österreichische Evangelische Allianz

Sri Lanka: Fruchtbare Gastfreundschaft

Die Arbeit in Sri Lanka blüht auf, Menschen finden zu Jesus und Gemeinden entstehen. Das Miteinander ist von Großzügigkeit geprägt. Die Leiter vor Ort bitten uns um Gebet.

Gastfreundschaft spielt eine große Rolle in der Kultur Sri Lankas. Diesen Vorteil nutzen die Evangelisten. Ohne Ankündigung und Terminvereinbarung gehen sie in ein Dorf, klopfen an Türen und fragen, ob es hier Kranke gibt. Dann beten sie mit diesen Menschen, essen zusammen und erzählen von Jesus. Aus Neugierde kommen oft die Nachbarn dazu.

Nicht selten entscheiden sich die Anwesenden für ein Leben mit Jesus und es entstehen Hausgruppen. Gibt es mehrere Hausgruppen in einer Region bildet sich eine Gemeinde. Dort finden dann weitere evangelistische Gottesdienste statt.

Auch diese Zusammenkünfte sind geprägt von großzügiger Gastfreundschaft. Unser Partner berichtet davon, dass sich bei einer Veranstaltung viele Gemeindemitglieder in einen Nebenraum begaben, um Platz zu machen für die geladenen Gäste im Gottesdienstsaal. Der ganze Raum war voller Gäste, eine Frau brachte 25 Personen mit.

Ihre Gastfreundschaft und Leidenschaft, das Evangelium weiterzugeben brachte diese Menschen dazu, dem christlichen Glauben eine Chance zu geben – obwohl sie Muslime waren.

Wir beten...

..., dass noch mehr Hausgruppen und Gemeinden entstehen,

..., dass mehr Evangelisten ausgebildet werden können,
... für Erweckung in Sri Lanka.

Südsudan: Südsudanesische Soldaten greifen eine katholische Kirche an

und töten einen Zivilisten

Juba (Fides) - Soldaten der südsudanesischen Armee haben eine Kirche angegriffen, ein Gemeindemitglied getötet und seine Leiche mitgenommen. Dies geschah in der katholischen Pfarrei Mariä Himmelfahrt in Loa im Bezirk Magwi im Bundesstaat Ost-Äquatoria, als Soldaten einer in der Gegend stationierten Einheit der „South Sudan People's Defence Forces“ (SSPDF) die Kirche am 26. März gegen 17 Uhr angriffen.

Laut einer Erklärung der Diözese Torit vom 3. April, die Fides vorliegt, „eröffneten die Soldaten ohne Vorwarnung das Feuer und töteten einen Zivilisten und verletzten einen weiteren“. Die Kugeln trafen die Wände und Fenster des Pfarrhauses. „Um ihr Verbrechen zu vertuschen“, so die Verlautbarung weiter, „nahmen die Soldaten die Leiche mit und versteckten sie, wobei sie die Blutspuren auf dem Boden mit Erde bedeckten, um alle Beweise zu beseitigen. Bis heute ist der Verbleib der Leiche unbekannt“. „Im Verlauf des Eindringens wurden Kirchenmitarbeiter, Helfer und Anwohner eingeschüchtert, bedroht und verhört“, berichtet die Diözese.

Bischof Emmanuel Bernardino Lowi Napeta von Torit, verurteilt das Eindringen auf kirchliches Gelände und die „schwere Verletzung der Heiligkeit und der Neutralität“ sowie „der Sicherheit und der Rechte von Kirchenmitarbeitern“ und fordert eine „unverzögliche und unparteiische Untersuchung des Vorfalls, die Identifizierung und gerichtliche Verfolgung der beteiligten Militärangehörigen sowie konkrete Zusicherungen und klare Protokolle seitens der SSPDF, um sicherzustellen, dass ähnliche Vorfälle in Zukunft nicht mehr vorkommen“. Außerdem bittet der Bischof um „die Übergabe des Leichnams an die Familienangehörigen, damit eine Beerdigung stattfinden kann“ und „die Entsendung von Sicherheitspersonal durch den Bundesstaat Ost-Äquatoria zum Schutz der Gemeinde Loa sowie eine öffentliche Entschuldigung bei der Diözese Torit für den Angriff“.

(L.M.) (Fides 3/4/2025)

Syrien: Islamisten ernennen Christin zur Ministerin

Hind Kabawat übernimmt das Ressort Arbeit und Soziales

Damaskus (IDEA) – Eine Christin wird Ministerin in der neuen Übergangsregierung in Syrien. Wie internationale Medien berichteten, hat der islamistische Machthaber Ahmed al-Scharaa die frühere Oppositionspolitikerin Hind Kabawat (Jahrgang 1974) zur Arbeits- und Sozialministerin ernannt. Sie war bisher unter anderem Direktorin für interreligiöse Friedensförderung am Zentrum für Weltreligionen, Diplomatie und Konfliktlösung der George Mason University (Fairfax/US-Bundesstaat Virginia) und stellvertretende Leiterin des Genfer Büros der „Syrischen Verhandlungskommission“, einem Gremium der syrischen Opposition gegen den früheren Machthaber Baschar al-Assad. Unter den 22 Ministern der neuen Übergangsregierung sind auch Vertreter anderer religiöser Minderheiten: Der Alawit Jarub Badr wird Verkehrsminister, der Druze Amgad Badr übernimmt das Landwirtschaftsressort. Schlüsselressorts wie das Innen-, Verteidigungs- und Außenministerium werden allerdings von Vertretern der islamistischen Miliz Hai'at Tahrir al-Sham (HTS) besetzt, die aus der früheren islamistischen AL-Nusra-Front hervorgegangen ist.

Kritik an fortschreitender Islamisierung

Anfang des Monats hatten Einheiten der islamistischen Regierung [Massaker](#) an Mitgliedern der christlichen und der alawitischen Minderheit angerichtet. Die Internationale Gesellschaft für Menschenrechte (IGFM/Frankfurt am Main) kritisierte vor der Ernennung der Übergangsregierung, die neuen Machthaber in Syrien trieben die Islamisierung des Landes voran. So würden Kreuze auf christlichen Gräbern zerstört und Moscheen auf Universitätsgeländen errichtet. Essen und Rauchen seien während des muslimischen Fastenmonats Ramadan von Sonnenauf- bis Sonnenuntergang für alle Bewohner des Landes verboten worden. Außerdem müssten sich Frauen in der Öffentlichkeit verschleiern. Jungen und Mädchen würden in den Schulen getrennt unterrichtet und müssten in öffentlichen Verkehrsmitteln getrennt sitzen. Rund drei Viertel der 24 Millionen Einwohner Syriens sind sunnitische Muslime, etwa zehn Prozent sind Alawiten. Der Anteil der Christen beträgt je nach Schätzung zwischen zwei und vier Prozent. Aktuelle Zahlen sind schwer zu ermitteln. Rund sechs Millionen Syrer sind ins Ausland geflüchtet, hinzu kommen etwa sieben Millionen Binnenflüchtlinge.

USA: USCIRF legt ihren Jahresbericht 2025 vor

US-Kommission kritisiert Verletzung der Religionsfreiheit in Nicaragua

Washington (IDEA) – Die US-Kommission für internationale Religionsfreiheit (USCIRF/Washington) kritisiert die anhaltende Verletzung der Religionsfreiheit in Nicaragua. Das geht aus dem Jahresbericht hervor, den die Kommission Ende März vorgelegt hat. Das sozialistische Regime des Präsidenten Daniel Ortega und seiner Ehefrau Rosario Murillo versuche zunehmend, jede Kritik an seiner Politik zu unterdrücken, heißt es in dem Bericht. Deshalb habe es zahlreiche Priester der katholischen Kirche schikaniert, [verhaftet](#) oder des Landes verwiesen. Mit Einschüchterung und Manipulation gehe die Regierung auch gegen andere christliche Kirchen im Land vor. So habe sie die Leitung der protestantischen Moravian Church (Mährische Kirche) ins Exil gezwungen. Außerdem habe sie Mitarbeiter des US-Missionswerks „Mountain Gateway“ (Tor zum Gebirge) [verhaften](#) lassen, obwohl die Organisation traditionell gute Beziehungen zur Regierung unterhalten habe. Darüber hinaus habe das Regime gewaltsame Angriffe auf Gotteshäuser zugelassen, darunter etwa einen Brandanschlag auf das 400 Jahre alte Kreuzifix in der katholischen „Kapelle des Blutes Christi“ in der nicaraguanischen Hauptstadt Managua. Weiter heißt es in dem Bericht, die Religionsgemeinschaften des Landes zeigten bisher eine bemerkenswerte Widerstandsfähigkeit angesichts solcher Bedrohungen. „Ihre Mitglieder treffen sich diskret – manchmal mitten in der Nacht –, um ihre Religions- und Glaubensfreiheit auszuüben. Sie leisten einander weiterhin Hilfe und erfüllen gleichzeitig die spirituellen Bedürfnisse der Gemeinschaft, obwohl die nicaraguanische Regierung jede dieser bescheidenen Handlungen als verwerflich ansieht.“ Von den 6,9 Millionen Einwohnern Nicaraguas gehören 50 Prozent der katholischen Kirche und rund 33 Prozent protestantischen Kirchen an.

Handlungsempfehlungen für das US-Außenministerium

Als weitere Länder, in denen die Regierungen schwerwiegende Verletzungen der Religionsfreiheit begehen oder dulden, nennt der [Bericht](#) Afghanistan, Algerien, Aserbaidschan, China, Eritrea, Indien, Indonesien, Iran, Kasachstan, Kirgistan, Kuba, Malaysia, Myanmar, Nigeria, Nordkorea, Pakistan, Russland, Saudi Arabien, Sri Lanka, Syrien, Tadschikistan, Turkmenistan, die Türkei und Usbekistan. Die Kommission veröffentlicht seit 2000 eine solche Liste und gibt dem US-Außenministerium Handlungsempfehlungen. Dazu gehört u.a., bei diplomatischen Kontakten verstärkt den Schutz der Religionsfreiheit einzufordern.

[siehe auch AKREF vom 27.3.25](#)

Disclaimer: Die Evangelische Allianz in Deutschland und ihr Arbeitskreis Religionsfreiheit- Menschenrechte-Einsatz für verfolgte Christen stellen diese Informationen zur Verfügung ohne jede Kommentierung. Die Ansichten, die in den Meldungen zum Ausdruck kommen, werden nicht ohne Weiteres von EAD oder AKREF geteilt.

Falls Sie die Erstellung und Verbreitung der AKREF Gebetsanliegen unterstützen möchten, können Sie gern eine Spende richten an:

Evangelische Allianz in Deutschland (EAD)

Spendenkonto:

IBAN: DE87520604100000416800

BIC: GENODEF1EK1

Evangelische Kreditgenossenschaft

Verwendungszweck „AKREF“

Gerne können Sie auch [online spenden](#).

Links

www.csi-de.de

<https://islam.ead.de/>

<https://akref.ead.de/>

<https://akref.ead.de/gebet-fuer-verfolgte/>

www.h-m-k.org

www.hilfsbund.de

www.hoffnungszeichen.de

www.idea.de/nachrichten.html

www.islaminstitut.de

www.kirche-in-not.de

www.opendoors.de

www.pro-medienmagazin.de

www.stanet.ch/APD

www.zenit.org

Menschenrechtsorganisationen:

www.amnesty.de

www.igfm.de

www.gfbv.de

Wichtige englischsprachige Internetseiten:

www.advocatesinternational.org [Anwälte im Auftrag der Allianz]

www.barnabasfund.org

www.csi-int.ch

www.forum18.org [Forum 18 News Service]

www.idop.org [Int. Seite des Gebetstages für verfolgte Christen]

www.iirf.eu [Internationales Institut für Religionsfreiheit]

www.meconcern.org [Middle East Concern]

www.persecutedchurch.org

www.persecution.net [Voice of the Martyrs/HMK]